

Gegen höhere Gemeindesteuern.

Aus der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Der Beschluß des Charlottenburger Magistrats, den Stadtverordneten für das Rechnungsjahr April 1918/19 abermals eine Erhöhung des Zuschlages zur Staatseinkommensteuer, und zwar von 170 auf 190 v. H., vorzuschlagen, hat in den kommunalen Kreisen Groß-Berlins allgemein überrascht; wußte man doch schon, daß gerade in der westlichen Nachbargemeinde Berlins die Einnahmen aus dieser Steuer um mehrere Millionen Mark den Voranschlag überschritten hatten. Die Charlottenburger Stadtverordneten sind von der Steuerfreudigkeit ihres Magistrats, wie sich in ihrer gestrigen Sitzung zeigte, denn auch keineswegs erbaut. Sie fürchten mit Recht, daß eine Abwanderung der Steuerpflichtigen mit großem Einkommen eintreten wird, wenn der Unterschied des Gemeindesteuersatzes der Stadt gegen den der kleineren westlichen Vororte allzu bedeutend wird. Gleich zu Beginn der gestrigen Versammlung trat Stadtverordnetenvorsteher Dr. Frenzel die Leitung der Versammlung dem Stadtv. Landtagsabgeordneten Hirsch ab, um selbst zu dem Jahresabschluß der Stadthauptkasse für die Zeit vom April 1916 bis April 1917 das Wort zu nehmen.

Der Jahresabschluß sei überaus erfreulich. Der Magistrat habe einen Ueberschuß von 840 000 M. dem Ausgleichsfonds überweisen können, in Wirklichkeit aber sei der Ueberschuß um 1 400 000 Mark höher gewesen, denn diese Summe konnte zur Schuldentilgung vergangener Jahre benutzt werden, was im Anschlag vorgesehen war. Dieser günstige Abschluß sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Gemeinde-Einkommensteuer über 3 Millionen Mark mehr brachte und die Gewerbesteuer 450 000 M. besser abschnitt, als angenommen wurde. Es müsse festgestellt werden, daß die Gegner der Steuererhöhung für das Rechnungsjahr 1917/18, mit dem Hinweis auf den großen wirtschaftlichen Aufschwung Recht gehabt hätten. Bei der bevorstehenden Haushaltsberatung für 1918/19 werde die Stadtverordneten-Versammlung die Erfahrungen der letzten Jahre aber berücksichtigen. Nach Lage der Dinge müsse es recht zweifelhaft erscheinen, ob die Bekanntgabe des Magistratsbeschlusses, die Einkommensteuer jetzt sogar auf 190 Prozent zu erhöhen, angebracht war.

Stadtkämmerer Scholz bedauerte, die Finanzlage der Stadt nicht so rosig ansehen zu können als der Stadtverordneten-Vorsteher. Die Verhältnisse seien 1916 unbestreitbar günstig gewesen, und obwohl für 1917 die Einnahmen aus Steuern schon bedeutend höher angesetzt wurden, sei abermals ein günstiger Abschluß zum April voranzusehen. Auf der anderen Seite aber seien die Anforderungen an die städtische Verwaltung ganz gewaltig gestiegen. Hingzu käme weiter, daß die Abschlüsse der städtischen Werke zu wünschen übrig lassen. Der Magistrat habe deswegen beschlossen, für 1918 eine Steuererhöhung auf 190 v. H. zu empfehlen.

Die Versammlung hatte den Ausführungen ihres Vorstehers lebhaften Beifall gespendet, bei denen des Kämmerers aber Widerspruch befundet. Die Steuererhöhung in Charlottenburg ist jedenfalls noch keineswegs gesichert.